

Protokoll Nr. 25 (2015-2019)

der Sitzung des Beirats Vahr am 24.10.2017 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|--|
| a) vom Beirat | Herr Benthien
Herr Dicke
Frau Früh
Herr Dr. Haga
Herr Maas
Herr Resch | Herr Burichter
Herr Emigholz
Herr Gerkmann
Herr Kruse
Herr Michalik
Herr Siegel |
| b) vom Ortsamt | Frau Auras
Frau Dr. Mathes | |
| c) als Gäste | Herr Akkus (Jugendhütte Vahr)
Herr Stöver (Quartiersmanager)
Herr Weigelt (Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte) | |

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 24 der Beiratssitzung am 19.09.2017 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Michalik teilt mit, dass er von Anwohner/innen aus dem Bereich Wienhauser Straße/ Bispinger Straße das Feedback erhalten habe, dass sich die dortige Parkplatzsituation entspannt habe, seitdem die neuen Fahrbahnmarkierungen angebracht worden seien. Diese Maßnahme wurde mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget des Beirats Vahr umgesetzt.

Herr Siegel ergänzt, dass zwei vom Beirat erwünschte Maßnahmen vom Stadtteilbudget ausgeklammert worden seien, da sich das Amt für Straßen und Verkehr bereit erklärt hatte, diese mit Mitteln aus dem eigenen Budget umzusetzen. Es handele sich um Bordsteinabsenkungen an Fußgängerquerungen in der Friedrich-Stampfer-Straße sowie um die Sanierung des Fußwegs in der Philipp-Scheidemann-Straße, für die Herr Häntsche (Polizeirevier Vahr) sich besonders eingesetzt habe. Die Umsetzung der letztgenannten Maßnahme habe bereits begonnen. Herr Kruse merkt an, dass die dortigen Platten jedoch durch wassergebundene Wegedecken ersetzt worden seien, die schnell wieder ausgespült würden. Herr Häntsche vermutet, dass eine wassergebundene Wegedecke, aufgrund der zahlreichen Bäume, stellenweise die bessere Alternative sei und zunächst der Abschluss der Maßnahme abgewartet werden solle, bevor eine Bewertung abgegeben werde.

Herr Maas fügt hinzu, dass die Sanierung des Fahrradwegs in der Geschwister-Scholl-Straße erfolgt sei und es nun keine Bodenschwellen mehr gebe.

Zudem verweist Herr Maas auf eine öffentliche Petition zum Verbot von Laubbläsern, in der es heiße, dass diese viele negative Einflüsse wie Lärm, Feinstaub und Abgase mit sich brächten.¹

¹ Die Petition ist zu finden unter: <https://petition.bremische-buergerschaft.de/index.php?n=petitionsliste>.

Zudem stellten diese eine Gefahr für Kleintiere und Insekten dar. Von Frau Kurzhöfer (GEWOBA AG) möchte er wissen, ob die GEWOBA auch Laubbläser verwende und die damit einhergehenden Problematiken bekannt seien. Laut Frau Kurzhöfer würden aus wirtschaftlichen Gründen Laubbläser verwendet. Sie werde jedoch weitergehende Erkundungen diesbezüglich einholen.

TOP 2: Vergabe der Globalmittel – 2. Runde 2017

Frau Dr. Mathes erklärt zunächst, dass im Rahmen der Vorberatung des Fachausschusses „Globalmittel und Koordinierung“ kein Einvernehmen hinsichtlich der von der AWO Soziale Dienste gGmbH beantragten Maßnahme „Spielekonsole, Fernseher, PS4-Controller, Spiele, Schrank für die Jugendhütte Vahr“ erzielt worden sei. Sie bedankt sich bei Herrn Akkus und dem Team der Jugendhütte Vahr, dass sie kurzfristig an der Sitzung teilnehmen konnten, um ihr Anliegen vorzubringen. Herr Akkus erläutert zunächst, dass die meisten Jugendeinrichtungen über eine Spielkonsole verfügten. Sie seien vorerst dagegen gewesen – die Jugendlichen hätten sie jedoch überzeugt. Die Spiele würden gemeinsam ausgesucht, wobei nur gewaltfreie Spiele in Frage kämen. Von den anwesenden Jugendlichen wird angemerkt, dass viele Kinder und Jugendliche aufgrund knapper finanzieller Mittel über keine Spielkonsole zu Hause verfügten. In der Jugendeinrichtung gebe es einen Raum für Mädchen, der gut ausgestattet sei; in dem Raum für Jungen fehle jedoch etwas. Ein Wunsch sei es, zum Beispiel regelmäßige FIFA-Abende für Jungen zu veranstalten. Zudem hätten sie im Winter nicht viele Möglichkeiten Aktionen drinnen durchzuführen. Auf Nachfragen wird erläutert, dass im Antrag zwei Controller mit abgedeckt seien und dass die Mädchen ggfs. Interesse hätten, die Konsole für „Singstar“ zu nutzen.

Das Votum der Beiratsmitglieder geht einstimmig dahin, die beantragte Summe in Höhe von 914,04 € zu gewähren.

Herr Michalik stellt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses „Globalmittel und Koordinierung“ für die übrigen Projekte mit den Nummern 30 sowie 35 bis 42 vor.²

Der Beirat stimmt der vorgeschlagenen Vergabe der Globalmittel für die genannten Projekte einstimmig zu.

TOP 3: Stellungnahme zur Novelle des Beirätegesetzes

Herr Weigelt merkt an, dass nach der Überarbeitung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter in 2010 eine umfangreiche Evaluation durchgeführt worden sei.³ Auf dieser Grundlage seien bereits einige Änderungen durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen worden. Parallel dazu habe die Senatskanzlei Änderungen vorgeschlagen, insbesondere redaktioneller Art. Diese seien in einem gemeinsamen Entwurf zusammengefasst worden.⁴

Frau Dr. Mathes stellt diese wesentlichen Änderungsvorschläge zum Beirätegesetz vor, zu denen die Beiräte eine Stellungnahme abgeben können. Von der SPD sowie DIE LINKE seien jeweils ein Antrag mit Stellungnahmen eingebracht worden.⁵

Zu § 6 Bürger- und Jugendbeteiligung schlägt die SPD vor, dass die Beteiligung durch Senior/innen berücksichtigt werden solle. Herr Benthien erläutert hierzu, dass es aufgrund des recht hohen Seniorenanteils an der Bevölkerung besonders relevant sei, auch die Seniorenvertretung anzuhören.

Herr Siegel vertritt die Auffassung § 7 Abs. 3 zu streichen. Jedes Beiratsmitglied solle die Möglichkeit haben, frei mit Bürger/innen sprechen und Kontakt aufnehmen zu dürfen, da dies bei Bürgeranträgen hilfreich sei. Die Zustimmung eines Viertels der Beiratsmitglieder halte er für

² Die beschlossenen Globalmittelanträge sind dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

³ Diese ist zu finden unter: [Evaluation des Beirätegesetzes – Bremische Bürgerschaft](#).

⁴ Der Änderungsentwurf des Beirätegesetzes ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

⁵ Die Anträge sind als **Anlagen 3 a und 3 b** diesem Protokoll angefügt.

nicht nachvollziehbar. Auch Herr Weigelt sieht das von der Senatskanzlei vorgeschlagene Vorgehen für organisatorisch schwer durchführbar an.

Herr Kruse unterbreitet den Vorschlag in § 9 Abs. 1 Nr. 3 die Worte „zur Herstellung der Barrierefreiheit“ zu streichen. Wünschenswert sei es, künftig über alle geplanten Abweichungen von den Vorschriften der Bremischen Landesbauordnung informiert zu werden, nicht nur zur Herstellung der Barrierefreiheit.

Des Weiteren schlägt er vor, dass gemäß § 16 Abs. 4 nicht mit dem fachlich zuständigen Ressort Einvernehmen hergestellt werden solle, sondern mit der/m fachlich zuständige/n Senator/in, da sich das Ressort vorher bereits mit dem Anliegen befasst hätte. Herr Weigelt hält diesen Vorschlag für einen guten Weg.

Gemäß Herrn Kruse ist es zudem erforderlich, das in § 20 geregelte Mitwirkungsverbot an die Regelungen des Ausführungsgesetzes zu Art. 145 der Bremischen Landesverfassung anzupassen, da es nicht angemessen sei, wenn für die Beiräte andere Befangenheitsregelungen bestünden als für die Mitglieder der Stadtbürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung. So sei im vorgelegten Änderungsentwurf ein Mitwirkungsverbot nur bei Verwandten bis zum zweiten statt dritten Grad vorgesehen und Verschwägte seien ausgenommen. Herr Weigelt stimmt dem zu und hält eine Überprüfung für erforderlich.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus § 23 Abs. 5 und Abs. 6 zu streichen und den vorletzten Satz in Abs. 4 bestehen zu lassen. Der Beirat solle in eigener Verantwortung die Aufgaben regeln.

Der Beirat stimmt den beiden Anträgen der SPD und DIE LINKE, mit den zuvor beschriebenen Änderungsvorschlägen, einstimmig zu.

Zum weiteren Vorgehen merkt Herr Weigelt an, dass die Beiräte die Möglichkeit haben, bis Jahresende eine Stellungnahme abzugeben. Die Stellungnahmen würden von der Senatskanzlei und dem Parlamentsausschuss geprüft. Ziel sei es, bis Mitte 2018 die Gesetzesänderung von der Stadtbürgerschaft zu beschließen.

TOP 4: Programm WiN

Herr Stöver stellt einen WiN-Antrag vor.⁶ Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

TOP 5: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Auras

⁶ Der WiN-Antrag ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.